

B 01 Zukunftsfähig – demokratisch – gut! Grüne Perspektiven für eine moderne Schulpolitik in Thüringen

Gremium:	Landesvorstand, LAG Bildung, LAG Soziales, Astrid Rothe-Beinlich, Babett Pfefferlein
Beschlussdatum:	25.10.2017
Tagesordnungspunkt:	8. Bildung

- 1 Gute Bildung ist eine zentrale Frage der Gerechtigkeit und darüber hinaus eines
- 2 der entscheidenden landespolitischen Themen. Bildung entscheidet über
- 3 gesellschaftliche Teilhabe und Aufstiegschancen.
- 4 Als Thüringer Grüne in der Regierung haben wir in den vergangenen Jahren
- 5 deutliche bildungspolitische Akzente gesetzt. So wurden die Rahmenbedingungen
- 6 für freie Schulen deutlich verbessert und in dieser Legislaturperiode mehr
- 7 Neueinstellungen von Lehrkräften vorgenommen, als jemals zuvor. Wir konnten
- 8 sicherstellen, dass ursprünglich befristete Lehrkräfte für Deutsch-als-
- 9 Zweitsprache nun eine dauerhafte Perspektive erhalten. Das Schulbauprogramm -
- 10 erstmalig mit einem Schwerpunkt auf energieeffiziente Schulen - haben wir massiv
- 11 aufgestockt.
- 12 Und wir bleiben weiter am Ball. Mit dem anstehenden Doppelhaushalt für 2018 und
- 13 2019 werden wir unter anderem die Vertretungsreserve im Schulbereich deutlich
- 14 erhöhen, ein flexibles Schulbudget für Honorarkräfte schaffen und die Bezahlung
- 15 von Lehrkräften an Regelschulen verbessern.
- 16 Auch wenn wir Einiges erreicht haben, sind viele „Baustellen“ im Schulbereich
- 17 immer noch unbearbeitet. Innovative Schulentwicklung ist kaum noch wahrzunehmen.
- 18 Die Schulstrukturen im Land müssen dringend modernisiert und eine nachhaltige
- 19 Personalpolitik zur Verringerung des Unterrichtsausfalls geschaffen werden.
- 20 Demokratiebildung und demokratische Strukturen brauchen mehr Unterstützung als
- 21 bisher. Und es fehlen bisher klare Aussagen, wie es mit der Entwicklung in den
- 22 Bereichen Inklusion, Ganzttag, Integration, Gemeinschaftsschulen und
- 23 Digitalisierung weiter geht.
- 24 Schon Comenius forderte: „Die Schule sei keine Tretmühle, sondern ein heiterer
- 25 Tummelplatz des Geistes“. Wir Grüne meinen, diese Idee ist angesichts der
- 26 gesellschaftlichen Gesamtsituation und den Forderungen nach Chancengleichheit
- 27 aktueller denn je. Daher wollen wir die Bedingungen im Bildungsbereich in
- 28 Thüringen verbessern mit dem Ziel, Schule neben ihrer Bedeutung als Lernort zum
- 29 attraktiven Lebensraum weiterzuentwickeln. In Schulen sollen sich Kinder und
- 30 Jugendliche wohlfühlen, optimale Lernbedingungen vorfinden und entsprechend
- 31 ihrer Fähigkeiten gefördert werden. Für die Lehrkräfte setzt dies bestmögliche
- 32 Rahmenbedingungen für die Aus-, Fort- und Weiterbildung und in allen Schulformen
- 33 ein Arbeitsumfeld für qualitativ hochwertiges Lernen voraus.
- 34 Ausgangspunkt für grüne Bildungspolitik sind für uns vier Prinzipien, die für
- 35 unsere Überlegungen zu "guter Schule für Alle" gelten. Da ist zum ersten das
- 36 demokratische Prinzip der Balance zwischen Freiheit und Verantwortung. Zum
- 37 zweiten ist es für uns nur nachhaltig, wenn Investitionen in Bildung auch morgen
- 38 und übermorgen noch für beste Qualität in der Schule sorgen. Drittens sollen
- 39 unsere Überlegungen finanzierbar sein, damit unsere Vorschläge glaubwürdig sind
- 40 und auch verbindlich umgesetzt werden können. Viertens wollen wir bestehende

41 Unterschiede und Benachteiligungen ausgleichen und echte Chancengerechtigkeit im
42 Bildungssystem herstellen.

43 Um qualifizierte Vorschläge zur Verbesserung der Thüringer Schullandschaft zu
44 machen, müssen wir die Realität sachlich betrachten und analysieren.
45 Veränderungen lassen sich nur gemeinsam mit den Akteur*innen in der Schule
46 umsetzen. Wir brauchen Zeit und zu Ende gedachte Konzepte, um nicht durch
47 Aktionismus dem Bildungssystem mehr zu schaden, als zu nützen. Das System Schule
48 ist komplex und die Lösungen, die wir brauchen, um das Thüringer Bildungssystem
49 zukunftsfähig zu machen, sind es auch. Wenn wir Veränderungen initiieren, werden
50 wir dafür sorgen, dass diese Schritte jederzeit nachvollziehbar und die zu
51 erzielenden Verbesserungen überprüfbar sind.

52 Gute Schule kostet Geld, das im Landeshaushalt und auch aus Bundesmitteln nicht
53 endlos verfügbar ist. Daher muss sich der Bund stärker einbringen. Das
54 Kooperationsverbot in der Bildung muss endlich fallen. Wir wollen klar benennen,
55 welche Verbesserungen aus grüner Perspektive notwendig sind.

56 Unser Einsatz für optimale Schulstrukturen ist untrennbar mit der Schaffung von
57 bestmöglichen Rahmenbedingungen für gute Schule und mehr Qualität verbunden.

58 Schulstrukturen zukunftsfähig aufstellen - gemeinsam für gute Schulen und guten 59 Unterricht

60 Verlässlicher, vielfältiger und wohnortnaher Unterricht in hoher Qualität, gute
61 Arbeitsbedingungen für unsere Lehrkräfte - das sind universelle Anforderungen an
62 erfolgreiche Schulen und guten Unterricht. Um diese zu garantieren müssen wir
63 die Bedingungen für zukunftsfähige Schulstrukturen in Thüringen schaffen.

64 Die Ausgangslage ist kompliziert. Sinkende Schülerzahlen in ländlichen Regionen
65 Thüringens stehen Schülerzuwächse inklusive größerer Vielfalt in den Städten
66 gegenüber. Hinzu kommen der Generationenwechsel in den Lehrerzimmern ebenso, wie
67 der sich auf einem kontinuierlich hohen Niveau bewegende Unterrichtsausfall.
68 Weiterhin zeigen sich wachsende Probleme mit Blick auf eine flächendeckende
69 Lehrkräfteversorgung und einer hohen Anzahl von häufig und langzeiterkrankten
70 Lehrer*innen.

71 Gleichzeitig ist Thüringen das einzige Bundesland, welches den Kommunen und
72 Landkreisen bislang so gut wie keine Vorgaben für die Schulnetzplanung macht.
73 Die Folge ist ein im Ländervergleich personalintensives, kleinteiliges und damit
74 auch kostenintensives Schulwesen, das immer mehr an seine schulorganisatorischen
75 und finanziellen Grenzen stößt. Das Gutachten der Kommission „Zukunft Schule“
76 widmet sich diesen Problemlagen und stellt mit seinen vielfältigen Vorschlägen
77 einen guten Anfangspunkt für den nun notwendigen Reformdialog im Schulbereich
78 dar.

79 Wir begrüßen den gerade begonnenen Werkstattprozess mit allen an Schule
80 Beteiligten. Wer ernsthaft an guten Schulen und gutem Unterricht interessiert
81 ist, der verweigert sich weder dem parlamentarischen noch dem
82 außerparlamentarischen Dialog für zukunftsfähige Schulstrukturen, zu denen
83 sowohl staatliche, kommunale und freie Schulen gehören. Freie Schulen sind für
84 uns Grüne ein elementarer Bestandteil einer vielfältigen Bildungslandschaft und
85 stellen neben der Wahlfreiheit für Eltern und Schüler*innen eine sinnvolle
86 fachliche Ergänzung zum staatlichen Schulangebot dar.

Thüringens Stärke ist die regionale Vielfalt. Daher setzen wir auf passgenaue Lösungen vor Ort und machen uns für eine thüringenspezifische Entwicklung von Schulverbund- und Kooperationsmodellen stark, die den sinnvollen Erhalt kleiner Schulstandorte ermöglicht und dennoch Wahlmöglichkeiten und Qualität garantiert. Südtirol macht es uns mit seinen Sprengelschulen beispielhaft vor.

Unser Ziel ist es, die Wahlmöglichkeit mit Blick auf Schularten zu erhalten und flächendeckend ein am Ganzttag orientiertes Angebot sicherzustellen, dass alle Abschlüsse ermöglicht. Hierfür ist die Gemeinschaftsschule ein gutes Angebot, welches auch in allen Landkreisen und kreisfreien Städten zur Verfügung stehen muss.

Der gemeinsamen Diskussion mit allen an Schule Beteiligten über die gesetzliche Festlegung von Schulmindestgrößen stehen wir als Grüne offen gegenüber. Klar ist aber auch, dass es für die Einführung solcher Rahmenbedingungen Übergangszeiträume braucht, ebenso wie eine übergeordnete Gesamtstrategie des Landes zur Stärkung des ländlichen Raumes.

Offensive für Bildungsqualität und mehr schulische Selbständigkeit in Thüringen

Jedes Kind hat das Recht auf eine gute Schule, unabhängig vom Wohnort, unabhängig von der Schulgröße, unabhängig von der Schulform. Zu wenig rückt in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion, dass es unter denselben Rahmenbedingungen Schulen gibt, die als lernende Systeme gut aufgestellt sind und Schulen, wo sich wenig bewegt. Zudem gibt es innerhalb einer Schulart erhebliche Abweichungen nach oben und unten.

Wir setzen auf mehr schulische Selbständigkeit und Entscheidungen vor Ort. Die Qualitätssicherung erfolgt auch durch Evaluation auf der Basis eines schulischen Qualitätsrahmens und setzt bei der Einzelschule an. Dazu gehört die Entwicklung von Zielgrößen für die Eigenverantwortung und Selbständigkeit der Einzelschule genauso wie ein begleitendes Instrumentarium zur Qualitätssicherung durch unterstützende Schulaufsicht, Maßnahmen der internen und externen Evaluation und durch die Angebote des Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (ThILLM).

Bei der Weiterentwicklung der Eigenverantwortung und Selbständigkeit von Schulen soll vom Grundsatz her keine Frage ausgeklammert werden: Personalverantwortung, Budgetverantwortung, innere Gestaltungsfreiheiten, eine Erhöhung des Fortbildungsbudgets und auch das Einfordern der inneren Schulentwicklung müssen mitgedacht werden. Ein erster Schritt können Pilotprojekte für mehr Selbständigkeit und Freiheit von Schulen bei gleichzeitiger verbindlicher Qualitätsverantwortung sein.

Begleitende externe Evaluation muss mit auskömmlichen Ressourcen ausgestattet werden, ebenso wie es eine Stärkung der Schulaufsicht einschließlich der Schulpsychologie in ihrer regionalen Beratungs-, Koordinations- und Aufsichtsfunktion braucht. Außerdem muss eine Überprüfung der Strukturen und Aufgabenverteilung, von ThILLM, der Schulaufsicht einschließlich Ministerium und der Schulen, erfolgen.

Demokratische und eigenverantwortliche Schulen fördern

Demokratie und eine offene pluralistische Gesellschaft sind politische Errungenschaften, die immer wieder erlernt, erstritten und verteidigt werden

133 müssen. Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen und einer
134 Zunahme rassistischer, rechtspopulistischer und antidemokratischer Tendenzen
135 auch in der gesellschaftlichen Mitte, ist es entscheidend, die politische
136 Bildungsarbeit insbesondere in den Schulen zu stärken.

137 Demokratie lebt von Beteiligung! Wir Grüne wollen die Demokratie stärken, indem
138 wir die Demokratiebildung an unseren Schulen lebendig gestalten und gemeinsam
139 mit den Schüler*innen, Eltern und Lehrkräften weiterentwickeln. Dafür müssen
140 auch die demokratischen Strukturen der Lehrer- und Erzieherkollegien ausgebaut
141 und die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Schüler*innen gestärkt werden.

142 Das Demokratieverständnis wollen wir einerseits durch die Förderung von
143 demokratischen Strukturen in Schulen unterstützen, beispielsweise durch die
144 Begleitung von Schülervertretungen. Andererseits muss Demokratiebildung,
145 politische und menschenrechtsorientierte Bildung als fächerübergreifendes
146 Querschnittsthema den Unterricht und die gesamte Schule betreffen. Nur wer
147 versteht, wie Demokratie theoretisch und praktisch funktioniert, kann sich dafür
148 begeistern, sie mitzugestalten. Wir leben in einer offenen, pluralistischen
149 Gesellschaft. Grundlage hierfür ist die Gleichberechtigung unterschiedlicher
150 religiöser und weltanschaulicher Überzeugungen. Die Werteordnung des
151 Grundgesetzes und der Menschenrechte sind das gemeinsame Fundament. Dies
152 herauszuarbeiten muss stärker Teil der schulischen Bildung werden.

153 Demokratie ohne eigene Entscheidungsspielräume bleibt eine Leerformel! Wir
154 wollen daher mehr schulische Selbstständigkeit und Entscheidungen vor Ort
155 ermöglichen. Durch die verschiedenen Möglichkeiten der internen und externen
156 Evaluation wollen wir die Qualitätssicherung an Thüringer Schulen gewährleisten.
157 Ein Vergleichssystem kann der ‚Referenzrahmen Schulqualität‘ bilden, der ebenso
158 weiterentwickelt werden muss, gerade auch in Bezug auf die demokratiebezogenen
159 Anteile.

160 Neben der Stärkung der Mitwirkungsgremien geht es dabei darum, dass der
161 Lernprozess der Schüler*innen selbst durch Beteiligung, Mitwirkung und
162 Verantwortungsübernahme für die eigenen Lernprozesse gefördert wird. Dazu gehört
163 der weitere Ausbau einer demokratischen Lern- und Schulkultur. Stichworte hierzu
164 sind der Ausbau des selbstregulierten Lernens genauso wie Maßnahmen für eine
165 gerechte fürsorgliche Gemeinschaft und die Thematisierung von Kinderrechten.

166 Wir werden die Eigenverantwortung und Selbständigkeit von Schule und allen an
167 Bildung und Erziehung Beteiligten stärken, indem wir selbstverwaltete und
168 selbstgestaltete Schulen ermöglichen, fördern und einfordern. Diese verfügen
169 über eigene Budgets, sind mit schulscharfen Personalausreibungen an der
170 eigenen Personalauswahl beteiligt und entwickeln und etablieren mit
171 Unterstützung des Landes eigene Schulentwicklungskonzepte mit eigenen
172 inhaltlichen Schwerpunkten.

173 Dazu gehört auch, dass die Schulen ihren Gemeinwesen- und Netzwerkcharakter vor
174 Ort stärker nutzen und entsprechend ihres Schulprofils sinnvolle Kooperationen
175 mit außerschulischen Partnern beispielsweise aus der Jugendarbeit, Sport,
176 Feuerwehr oder anderen Vereinen aber auch Betrieben und Unternehmen sowie mit
177 kommunalen Strukturen eingehen.

178 Eine vorsorgende Personalentwicklung im Schulbereich etablieren

179 § 1 Absatz 1 Thüringer Schulgesetz formuliert: „Jeder junge Mensch hat ein Recht
180 auf schulische Bildung und Förderung.“ An diesem Anspruch muss sich die Realität
181 in unseren Schulen messen lassen. Denn wir wissen, dass dieses Recht nur
182 gewährleistet werden kann, wenn wir ein funktionierendes und leistungsfähiges
183 Schulwesen haben.

184 Zunehmender Unterrichtsausfall und ein hoher Bestand an häufig und
185 langzeiterkrankten Lehrkräften zeigen den immensen Handlungsbedarf auf. In den
186 kommenden Jahren wird der Generationswechsel in den Lehrerzimmern deutlich an
187 Geschwindigkeit zunehmen. Eine der zentralen Aufgaben besteht deshalb darin,
188 Thüringen attraktiv für angehende Lehrkräfte zu machen und die bestmöglichen
189 Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass wir den zukünftigen Lehrkräftebedarf
190 angesichts ungünstiger demografischer Vorzeichen adäquat sicherstellen. Auch
191 gilt es, die Gesundheitsprävention deutlich zu stärken.

192 Die zudem wiedereingeführte Verbeamtung der Lehrkräfte ist sicher kein
193 Allheilmittel, sie erhöht dennoch die Attraktivität des Freistaats im Wettbewerb
194 um gut ausgebildete Fachkräfte. Diese brauchen eine praxisnahe Ausbildung, gute
195 Fortbildungen und qualitätsorientierte Teamarbeit.

196 Um angehende Lehrkräfte im Freistaat zu halten, ist es wichtig, dass in
197 Thüringen früher als bisher die Zusagen nach einer Bewerbung erfolgen. Wir
198 wollen die Zeitschiene des Einstellungsverfahrens deutlich nach vorn
199 verschieben, sodass die Schuljahresplanungen in den Schulämtern so früh wie
200 möglich begonnen werden können.

201 Damit der Freistaat im Personalbereich zukünftig mithalten kann, sind auch
202 selbstbewusste Werbekampagnen notwendig. Schließlich brauchen wir mehr
203 Studienanfänger*innen in und außerhalb Thüringens insbesondere für die
204 sogenannten Mangelfächer. Um der Situation in Mangelfächern mittelfristig
205 entgegenzuwirken, schlagen wir die Einführung eines Landesstipendiums für
206 Mangelfachstudierende vor. Kurzfristig sollte ein spezielles
207 Seiteneinstiegsprogramm u.a. für ausgebildete Erziehungswissenschaftler*innen
208 geprüft werden.

209 Neben einem modernen Besoldungsgesetz, setzen wir weiter auf unkomplizierte
210 Bewerbungsverfahren sowie grundsätzlich auf erleichterte Zugangsmöglichkeiten
211 für Seiteneinsteiger*innen und auch flexible Budgets für Schulen, um kurzfristig
212 auf Ausfallsituationen reagieren zu können.

213 Inklusion braucht Entwicklung

214 Alle Menschen haben das Recht auf gute und inklusive Bildung. Und: Es ist normal
215 verschieden zu sein. Diese zwei bildungspolitischen Grundsätze sind uns Grünen
216 besonders wichtig. Ausgehend davon wollen wir die personellen, räumlichen und
217 sächlichen Rahmenbedingungen für ein inklusives Bildungswesen in Thüringen
218 Schritt für Schritt weiter verbessern. Inklusion braucht Entwicklung, braucht
219 Mut und dennoch Augenmaß. Keinesfalls darf Inklusion an der Kassenlage des
220 Landes scheitern. Auch den Bund sehen wir hier in der finanziellen
221 Mitverantwortung.

222 Inklusive Bildung, d.h. gemeinsames und zugleich individuelles Lernen, Erziehung
223 und Betreuung muss von Anfang an möglich sein. Das braucht gut ausgebildete
224 pädagogische Fachkräfte, ausreichend Personal, das individuelle Förderung
225 ermöglicht, und den Einsatz multiprofessioneller Teams. Kinder und Jugendliche

226 brauchen für ihre Entwicklung vielfältige Kompetenzen. Das gilt neben der Schule
227 auch für die Erwachsenenbildung. Nur eine barrierefreie Erwachsenenbildung kann
228 auch allen Menschen zugutekommen. Auch sie braucht Professionalität und
229 entsprechende Rahmenbedingungen.

230 In der Schulpolitik werden wir das unzeitgemäße Nebeneinander von
231 Förderschulgesetz und Schulgesetz beenden und noch in dieser Legislatur ein
232 inklusives Schulgesetz auf den Weg bringen. Unser Ziel ist es, Rahmenbedingungen
233 dafür zu schaffen, dass sich alle Schulen im Land bis zum Jahr 2025 zu
234 inklusiven Schulen entwickeln können. Damit dies gelingt, sollen alle Schulen
235 grundsätzlich mehr sonderpädagogische Unterstützung als bisher erhalten. Wir
236 wollen, dass ab dem Schuljahr 2019/20 pro Jahr mindestens 100 zusätzliche
237 sonderpädagogische Fach- und Lehrkräfte für den gemeinsamen Unterricht
238 eingestellt werden. Die sonderpädagogische Diagnostik soll nach klaren
239 Qualitätsstandards bei gleichberechtigter Einbeziehung freier Schulträger
240 konsequent und landesweit vereinheitlicht werden.

241 Für staatliche und freie Förderzentren wollen wir Entwicklungsperspektiven und
242 vor allem bessere Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Schularten schaffen.
243 "Netzwerkförderzentren ohne Schüler*innen", also Förderschulen deren
244 Lehrpersonal den gemeinsamen Unterricht der angehörigen Netzwerkschulen
245 unterstützt, sollen genauso wie die Entwicklung hin zur inklusiven
246 allgemeinbildenden Schule Möglichkeiten sein. Wir sind uns einig, dass die
247 Expertise der Sonderpädagog*innen und die guten räumlichen Bedingungen dieser
248 Lernorte erhalten und für gute inklusive Bildung genutzt werden müssen.
249 Gleichzeitig streben wir an, die Aus- und Weiterbildungskapazitäten mit Blick
250 auf den Umgang mit Heterogenität in allen Phasen der Lehrerbildung zu erhöhen.
251 Es sollen bedarfsgerecht Möglichkeiten für die berufsbegleitende Qualifikation
252 im Bereich Sonderpädagogik in allen Förderbereichen geschaffen werden.

253 Selbstverständlich gilt es ebenso den Bedürfnissen von Schüler*innen mit
254 besonderen Begabungen gerecht zu werden. Dazu sollen die bestehenden
255 Spezialgymnasien weiterhin unterstützt werden und alle Schulen ausreichende
256 Ressourcen für die Begabtenförderung erhalten.

257 Multiprofessionalität gehört für uns zu einer inklusiven und guten Schule
258 selbstverständlich dazu. Daher setzen wir uns für ein gutes Miteinander und den
259 sinnvollen Einsatz von Lehrkräften, sonderpädagogischen Fachkräften,
260 Erzieher*innen, Integrationsbegleiter*innen, Schulpsycholog*innen und
261 Schulsozialarbeiter*innen ein. Die schulbezogene Jugendsozialarbeit und
262 schulpsychologische Angebote wollen wir weiter bedarfsgerecht ausbauen und
263 mittelfristig gesetzlich verankern.

264 Der Umfang bestehender Schulbauprogramme muss erhöht werden. Wir wollen
265 Schulsanierung und Neubau noch stärker fördern und auf die Schaffung von
266 Barrierefreiheit ausrichten. Neben baulichen Voraussetzungen wird es allerdings
267 auch und gerade darum gehen müssen, Barrieren in den Köpfen abzubauen. Denn
268 Inklusion ist und bleibt ganz zentral auch und gerade eine Frage der Haltung
269 aller Beteiligten.

270 Bildungsbarrieren abbauen – Integration leben

271 Der Zugang zu Bildung ist ein universelles Menschenrecht. Bildung öffnet
272 sprichwörtlich die Türen zur Welt. Damit diese auch den Geflüchteten und

273 zugewanderten Menschen nicht verschlossen bleiben, gilt es, bestehende Barrieren
274 und Hürden beim Zugang zu Bildung konsequent abzubauen.

275 Wir setzen uns dafür ein, dass die auf zehn absolvierte Schulbesuchsjahre
276 angelegte allgemeine Schulpflicht im Sinne der Geflüchteten umgesetzt wird und
277 dabei auch die Lebensrealitäten berücksichtigt. Für uns ist klar: Es braucht
278 perspektivisch keine Parallelsysteme, sondern die Stärkung der Regelstrukturen.
279 Je schneller zu uns gekommene junge Menschen sprachlich gefestigt gemeinsam mit
280 Muttersprachler*innen lernen können, umso besser gelingt Integration.

281 Das von unserem grünen Migrationsministerium finanzierte "Start Deutsch" war und
282 ist ein gutes Programm, um auch den Übergang in die Berufsschulen zu
283 gewährleisten. Zukünftig muss es jedoch grundsätzlich darum gehen, unsere
284 Schulen und Berufsschulen noch stärker für junge Geflüchtete zu öffnen, um auch
285 ihnen die notwendigen Abschlüsse zu ermöglichen. Dazu braucht es auch
286 fachkundiges Personal. Mit der Übernahme der bislang befristeten DaZ-
287 Lehrer*innen sind wir auf diesem Weg ein gutes Stück vorangekommen. Darüber
288 hinaus setzen wir uns für die Bereitstellung weiterer unbefristeter DaZ-Stellen
289 ein.

290 Um Schulen besser unterstützen zu können, sollen zudem die Beratungs- und
291 Fortbildungsangebote im Schulbereich bedarfsgerecht gestärkt und die
292 Schulsozialarbeit in allen Schulformen auch für die Bedarfe von geflüchteten
293 Schüler*innen wirksam werden.

294 Schulen müssen oftmals schnell und flexibel reagieren können. Das wollen wir
295 ihnen mit eigenverantwortlich bewirtschafteten Budgets für Lehr- und Lernmittel
296 und für Honorarkräfte, ermöglichen. Um die sprachlichen und interkulturellen
297 Kompetenzen der Lehrkräfte nachhaltig zu verbessern, sollen diese in der
298 Lehrkräfteaus- und -fortbildung mehr als bisher vermittelt werden.

299 Für alle nicht mehr schulpflichtigen jungen Menschen bis 27 Jahre – egal ob
300 zugewandert oder nicht – soll im Schulgesetz das bedingungslose Recht auf
301 Schulbesuch und das Erlangen eines Schulabschlusses an einer allgemeinbildenden
302 oder berufsbildenden Schule gesetzlich verankert werden. Insbesondere für
303 diejenigen, denen der Zugang zu anderen Bildungsgängen nicht möglich ist, wollen
304 wir ein flexibles ein- bis maximal dreijähriges „Berufsvorbereitungsjahr
305 Bildung“ schaffen, das sowohl die Anschlussfähigkeit in die duale oder
306 vollzeitschulische Ausbildung ermöglicht, als auch den Wechsel in weiterführende
307 Bildungsgänge der Berufsschule oder in sozialversicherungspflichtige
308 Beschäftigung.

309 Die Träger der Erwachsenenbildung wollen wir weiter bei der Sprachbildung
310 unterstützen und die Förderung von Integrationsmaßnahmen verstetigen.

311 Mehr Zeit für gute Bildung – Ganztagsschule ausbauen

312 Eine zeitgemäße Ganztagsschule basiert auf modernen Raumkonzepten und
313 vielfältigen Kompetenzen von ganz unterschiedlichen Professionen, beispielsweise
314 von Lehrkräften, Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen, Integrationshelfer*innen
315 und den Angeboten vieler Vereine, Verbände und außerschulischer Partner.

316 Thüringen hat mit seinen Schulorten an den Grundschulen gute Voraussetzungen
317 für einen qualitätsvollen Ausbau des Ganztagsunterrichts. Darauf wollen wir
318 aufbauen und den Anteil von teilgebundenen und gebundenen Ganztagsschulen im

319 Primarbereich durch ein Ganztagserschulprogramm des Landes schrittweise erhöhen.
320 Dafür brauchen wir verlässliche, am Bedarf ausgerichtete Personalkonzepte und
321 auch mehr Vollzeitstellen für die Erzieher*innen in den Schulen.

322 Teilgebundene und gebundene Ganztageschulen mit ihren vielfältigen und
323 rhythmisierten Lern- und Unterstützungsangeboten bieten Möglichkeiten und vor
324 allem mehr Zeit, um die sozialen Bedürfnisse und die individuellen
325 Lernaufgangslagen ihrer Schüler*innen besser in den Blick zu nehmen. Zu einem
326 guten Ganztagesangebot gehört für uns auch ein gesundes Getränke- und
327 Mittagessenangebot für alle Kinder und Jugendlichen.

328 Zudem streben wir im Sinne eines gerechten Zugangs zu Ganztagesangeboten an,
329 sämtliche Angebote im Rahmen des Ganztages – auch den Schulhort – perspektivisch
330 kostenfrei zu stellen. Auch im Sekundarbereich sollen Ganztagesangebote stärker
331 unterstützt werden.

332 Länger und gemeinsam Lernen – Gemeinschaftsschule in Thüringen pushen

333 Eine Antwort auf die vielfältigen Anforderungen an ein gutes Schulwesen ist die
334 seit 2010 eingeführte Thüringer Gemeinschaftsschule, in der alle Schüler*innen
335 gemeinsam mindestens bis zur Klasse 8 und entsprechend ihrer
336 Leistungsmöglichkeiten, Begabungen und Interessen im vorwiegend
337 binnendifferenzierenden Unterricht individuell gefördert werden. Mit der
338 Gemeinschaftsschule schaffen wir nicht nur verlässliche Perspektiven für
339 längeres gemeinsames Lernen, sondern tragen auch zu nachhaltigen Schulstrukturen
340 im ländlichen Raum unter den Bedingungen des demografischen Wandels bei, da alle
341 Schulabschlüsse in einer Schule für alle angeboten werden können. Die
342 Gemeinschaftsschule ist ebenso ein Beitrag gegen die soziale Spaltung der
343 Gesellschaft.

344 Unser Anliegen ist es, die Gemeinschaftsschule mindestens von Klasse 1 bis
345 Klasse 10 zu einem flächendeckenden Schulangebot in Thüringen machen. Daher soll
346 zukünftig in jedem Landkreis garantiert mindestens eine Gemeinschaftsschule
347 bestehen.

348 Gleichzeitig streben wir an, die Gründungsmöglichkeiten und Zulassungsverfahren
349 für neue Gemeinschaftsschulen zu erleichtern, ohne dabei Abstriche beim
350 pädagogischen Konzept zu machen. Wir werden dafür klare Entscheidungsfristen für
351 die Schulverwaltung und weitere Kooperationsmöglichkeiten bei der Oberstufe in
352 den Blick nehmen und beispielsweise das Berufliche Gymnasium mit in Betracht
353 ziehen. Die erhöhte Personalzuweisung für Gemeinschaftsschulen, die sich neu
354 gründen, wollen wir beibehalten.

355 Aus grüner Sicht spricht einiges dafür, dass sich auch Förderschulen zukünftig
356 durch ein Aufwachsen inklusiver Klassen in definierten Übergangszeiträumen
357 sukzessive zu Gemeinschaftsschulen weiterentwickeln können. Ebenso wollen wir,
358 die Gemeinschaftsschule bis Klasse 13 ermöglichen, wenn das Schulträger, Eltern,
359 Lehrkräfte und Schüler*innen wünschen und es ein pädagogisch tragfähiges Konzept
360 dafür gibt.

361 Unser Ziel bleibt die verstärkte Ausrichtung auf längeres, gemeinsames Lernen
362 auch in der Lehrkräfteaus- und Weiterbildung und die gleiche Bezahlung aller
363 Lehrkräfte, die an einer Gemeinschaftsschule unterrichten. Allerdings gilt es
364 auch, die Bezahlung der Lehrkräfte anderer Schularten zu beachten. Gemeinsam mit
365 den Lehrgewerkschaften wollen wir daher in den Dialog über ein modernes

366 Besoldungssystem treten. Thüringen muss im Wettbewerb um die besten Lehrkräfte
367 mit den anderen Ländern mithalten können.

368 Raus aus der Kreidezeit – Digitalisierung im Schulwesen voranbringen

369 Wir Grüne wollen die Chancen der Digitalisierung im Sinne guter Bildung nutzen.
370 Überall da wo es pädagogisch sinnvoll ist, soll der fächerübergreifende Einsatz
371 digitaler Medien und digitaler Werkzeuge unterstützt werden. Wir Grüne packen
372 die infrastrukturellen und personellen Rahmenbedingungen für digitale Bildung
373 an.

374 Bereits in der frühkindlichen Bildung lässt sich – wie es im Thüringer
375 Bildungsplan bis 18 Jahre beschrieben ist – kindgerecht an Medienkompetenzen und
376 informatorische Inhalte heranzuführen.

377 Eine zeitgemäße digitale Bildungsinfrastruktur ist bislang kaum vorhanden. Das
378 wollen und werden wir ändern! Unser Anspruch ist klar: Bis spätestens zum Jahr
379 2025 erhalten alle Schulen einen Breitbandanschluss, alle Lehrkräfte ein mobiles
380 Arbeitsendgerät sowie selbstverständlich eine dienstliche Mailadresse. Die
381 Schulverwaltung erhält eine moderne einheitliche Schulplanungs- und -
382 verwaltungssoftware. Klassenzimmer werden über Access Points mit WLAN und
383 interaktiven Tafeln ausgestattet. Mobile Endgeräte sollen durch alle
384 Schüler*innen genutzt werden, vorzugsweise die eigenen ("bring-your-own-
385 device"), bei Bedarf aber auch mit Leihgeräten.

386 Die Medienzentren sollen zu Schnittstellen der Digitalisierung für die Schulen
387 entwickelt werden und als IT-Dienstleister für die Schulen der Region fungieren.
388 Die Entwicklung freier Lern- und Lehrmaterialien und der Einsatz von Open-
389 Source-Software in den Schulbereichen ist uns ein wichtiges Anliegen.

390 Die Finanzierung dafür zu sichern, ist eine große Herausforderung. Das braucht
391 die Unterstützung des Bundes, der einen ausfinanzierten Digitalpakt vorlegen
392 muss. Aber auch das Land sehen wir ab 2020 in der Verantwortung ein
393 flankierendes Landesinvestitionsprogramm für digitale Bildung zu initiieren. Um
394 den technischen Support zu sichern, braucht es zudem die notwendigen Stellen an
395 den Schulen.

396 Um digitale Bildung konsequent an den Schulen zu verankern, streben wir die
397 Vermittlung informatorischer Inhalte bereits in den Grundschulen an. NRW hat es
398 vorgemacht und dort ein Modellprojekt "Programmieren an Grundschulen"
399 geschaffen. Darüber ob das Fach Informatik verpflichtend unterrichtet werden
400 sollte, wollen wir mit allen an Schule Beteiligten in den Dialog treten.

401 Schließlich muss die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte auf digitale
402 Bildung ausgerichtet werden. Lehrkräfte müssen entsprechende Kenntnisse zur
403 Vermittlung von Medienkompetenzen haben und über informatorische Inhalte,
404 Datensicherheit und Datenschutz sowie über das Urheberrecht Bescheid wissen.
405 Daher ist dies in allen Phasen der Lehrerbildung zu verankern.

406 Gutes Essen & gesunde Lebensweise

407 Kinder und Jugendliche verbringen viel Zeit in der Schule. Aus diesem Grunde
408 stellen wir Grüne hohe Anforderungen hinsichtlich der räumlichen und sachlichen
409 Ausstattung auch im Bereich der Verpflegung. Wir wollen, dass sich jedes Kind
410 und jeder Jugendliche ganztägig gesund ernähren kann und dass Kinder und

411 Jugendlichen in unseren Thüringer Schulen an gesundes Essen und an eine
412 insgesamt gesunde Lebensweise herangeführt werden.

413 Unser Ziel ist, dass in Thüringen die Essens- und Getränkeverpflegung
414 flächendeckend mindestens nach den Standards der Deutschen Gesellschaft für
415 Ernährung umgesetzt wird. Dafür braucht es auch gesetzliche Vorgaben, aber vor
416 allem gut und besser ausgestattete Küchen und Essensausgabemöglichkeiten sowie
417 lebendige Schulgärten als grüne Lern- und Erfahrungsorte vor allem in der
418 Primarstufe.

419 Um eine höhere Akzeptanz für gutes und gesundes Schulessen bei Kindern, Eltern
420 und Schulträgern zu erreichen, wollen wir Grüne verbindliche
421 Beteiligungsstrukturen bei der Essensauswahl in ganz Thüringen. Die Versorgung
422 von Schulen mit bio- sowie regional erzeugten Lebensmitteln und guter
423 Verarbeitung durch Fachkräfte in geeigneten Schulküchen vor Ort wollen wir durch
424 gezielte Förderungen unterstützen.